

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Verlagspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **Hjg. Müller**
Schriftleitung und Verlagsstelle: **Stuttgart, Rätestraße 16 b II.**
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr für die sechsgepaunte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1,50 Mark, andere Anzeigen 3.— Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Die Angst

Man müßte die zeichnerische Kraft eines Honoré Daumier haben, um die schlotternde Angst der Kleinbürger anschaulich darzustellen, die die deutsche Republik zu regieren wähnen. Daumier, das revolutionäre Genie unter den französischen Künstlern, hat diesen Parlamentarismus, dieses Massenaufgebot von Schmeicheleien, subalternen Jynkern, selbstgefälligen Worthelden auf unvergleichliche Weise verhöhnt. Unter seinen Meistern findet sich ein Blatt: Der gescheiterte Bau. Es zeigt die Ermählten des Volkes, wie sie schwätzen, schlafen, sich dehnen, sich schneuzen, sich langweilen, wie sie böseartig Klatschen oder sich einen schlechten Wit erzählen.

Was ein Künstler vom Range Daumiers 1834 festzuhalten mußte, die ordinäre Gleichgültigkeit der Minister und Deputierten gegen die Not des Volkes, indem er die Grimassen dieser vom Volk losgelassenen Funktionäre der bürgerlichen Gesellschaft auf unzählige Art karikierte, das könnte heute nur ein Daumier verwandtes Genie darstellen angesichts der entstandenen Nationalversammlung.

Man muß diese Männer gesehen haben am 13. Januar 1920. Draußen vor dem Parlamentsgebäude unabsehbar gewaltige Volksmassen. Gefommen aus allen Teilen der Großstadt, um sichtbar gegen ein Gesetz zu protestieren, das nach Berechnung seiner Urheber und Verfertiger den Grabstein auf die kümmerlichste Revolution, die je die Welt gesehen hat, legen soll. Zehntausende strömten herbei und standen ruhig, waffenlos, in fast zitternder Hilflosigkeit nur durch die Gewalt ihrer Zahl wirkend, vor dem Bau, der laut Inschrift „Dem deutschen Volke“ gehört. Der oberste Hort von Berlin, der jetzige Polizeipräsident und frühere Sozialdemokrat Eugen Ernst hat immerhin den anerkanntesten Mut, in einem bürgerlichen Blatt folgendes festzusetzen: „Die organisierte Arbeiterkraft, die sich gestern vor dem Reichstagsgebäude versammelt hatte, war den Meldungen zufolge, die mir vorliegen und nach meinem persönlichen Eindruck, nicht dorthin gekommen, um irgendwelche Zwischenfälle zu provozieren, sondern lediglich, um in ruhiger Demonstration gegen das Betriebsratsgesetz Stellung zu nehmen.“

Dieser Eindruck hatten alle, nicht nur Herr Ernst, dem aber als einem der intimsten Kenner der Spitzelorganisation auch bekannt sein dürfte, wie leicht sich gutbezahlte Verbrecher als Träger und Elemente der Massen betätigen, um ihren Auftrag prompt auszuführen. Funktionäre der Uebergesellschaft, nach dem Bericht des mehrheitssozialistischen Genossen von Harnack — den der „Vorwärts“ verwunderlicherweise abdruckt — haben unmittelbar angesichts des Auftrages auf die verbrecherische Tätigkeit von Spitzeln hingewiesen. Sie haben „aus dem Zuge ihrer Wertangehörigen zwei ihnen unbekannte Männer entfernt, die einen Revolver untergeschlankt gehabt hatten.“

Aus all dem geht hervor, daß die Anwürfe und Anklagen gegen die gewalttätigen Massen draußen nichts anderes sind als eine Schlammschlacht von Lügen und Verleumdungen, einzig und allein erzeugt, um die Maßnahmen des Terrors zu rechtfertigen, mit dem man die revolutionäre Bewegung, Massen und Führer niederzuhalten hofft.

Nicht Blutdurst treibt diese Kleinbürger, sondern Angst, schlotternde Angst. Es ist eine der abgegriffenen Phrasen, die zu gebrauchen jeder flüchtende Revolutionär künftig vermeiden sollte: diese von Lüttich's Gnaden Regierenden seien Bluthunde, Mörder. Nein, sie sind aus Schwäche brutal. Sie fühlen ihre Ohnmacht. Sie wissen, es geht um ihre Existenz. Sie fühlen sich von rechts und links bedroht. Und da sie zwischen zwei Abgründen zu wählen haben, entschließen sie sich für den starken Arm, das heißt für die Soldateska, die sie auf die revolutionäre Arbeiterkraft, wenn's nützt, feuern lassen, für die Diktatur der Mitte!

Sie zittern und bebene. Sie wissen, daß ihr Ende nahe ist. Nur mit Maschinengewehren, Flammwerfern und hoch besoldeten Kriegern des alten, von der ganzen Welt verachteten Systems bemühen sie sich noch eine Weile an der Macht zu halten.

Als Wilhelm II. einst vor einer Parade die schamlos verbrecherischen Worte aufsetzte: „Wenn ich euch befehle, auf Vater und Mutter zu schießen, so werdet ihr meinem Befehl folgen!“ haben Sozialisten aller Richtungen den größtverwahrscheinlichen Mordanschlag zu kennzeichnen versucht, soweit es ihr Mut unter dem Majestätsbeleidigungsparagrafen zuließ.

Auch dem gewaltigen Monarchen von Gottes Gnaden war dieser Satz von der Angst diktiert. Und immerhin: er hat sein Wort nie in die Tat umgesetzt gewagt. Sozialisten jedoch, die zu feig zu einem solchen Auspruch wären, haben in den Straßen Berlins Brüder auf Brüder schießen lassen. Aus Notwehr? Sie behaupten es. Und lassen den ganzen Lügenapparat, der fünf Jahre lang das deutsche Volk demütigt, belogen und immer wieder von neuem über die Stärke und Ziele des Feindes irreführt hat, denselben Lügenapparat lassen sie von neuem spielen gegen den inneren Feind. Und damit kein wahres Wort an die Ohren der Massen dringen kann, treiben sie die Presse der Opposition, verhaften ihre Führer. Und glauben im Recht zu sein, da sie die Macht haben.

Mächtiger aber als sie stürzten zu Boden. Vielgewaltige Tyrannen, die noch nicht einmal den Bruderkrieg, den blutigen Kampf gegen eigene Volksgenossen aufzunehmen gewagt hatten. Der am 2. August zitternde Wilhelm mußte, was er tat, als er das heuchlerische Wort sprach: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“ Zusammenfassen wollte er sein herrliches, schimmerndes Veer mit den Riesendatilonen der vaterlandslosen Gefellen. Es gelang ihm durch die verbrecherische Kurzsichtigkeit, Schwäche oder Verrat der deutschen Arbeiterführer. Aber die Angstschloße wich nicht von seiner Seele. Der provisorische Bau seines Militärschackes brach zusammen. Und jetzt nach dem mörderischsten und vernichtendsten Kriege der Weltgeschichte wagen

es seine Epigonen, das Volk in zwei Teile zu zerreißen, die übrig gebliebene Kriegskaste auf die Arbeitermassen zu hegen, Blutbäder unter ihnen anzurichten.

Zu welchem Zweck? Zu wessen Nutzen? Im Interesse welcher Idee? Selen wir gerecht. Hören wir, was sie sagen. Der Zweck: Die Aufrechterhaltung des demokratisch-kapitalistischen Staates. Für die ruhige Entwicklung, für die Gesundung der deutschen Wirtschaft. Für die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapitalisten und Proletariern. So hirnverbrannt sind diese Kleinbürgerlichen Bureaufakten, daß sie, soweit sie ehrlich sind, in der Tat wähnen, sie seien nach einem blutigen Jahre der Gegenrevolution heute noch etwas anderes als die Schildehalter des Großkapitals, der Industrie und des Militärs.

Eine Bartholomäusnacht fürchten sie. Dieses ins Gehirn des revolutionären Kanzlers zweifellos von seinem Pressesekretar eingeblasene Wort schreit sie alle. Sie fürchten die Bluthochzeit. Und ihre sonst ärmliche Phantasie läßt sie erstarren, sobald sie die künstlich zurückgebrängte Mut des Volkes zu spüren bekommen. Alle Schuld rächt sich auf Erden. Sie fühlen wohl in manchen dunklen Stunden das Gesetz einer immanenten Gerechtigkeit. Seine Wirkung glauben diese Betrüger aufhalten zu können. So treibt sie die Angst vor der einst ihren Richterpruch fallenden Gerechtigkeit immer neuen Handlungen an, für die sie die Verantwortung ablehnen möchten. Nicht die Harmlosigkeit der unbewaffneten Massen draußen, sondern ihr böses Gewissen innen trieb sie zu so verhängnisvollen Entschlüssen, muß sie dazu treiben, ihre Lügen durch Lüge, Entstellungen, Fälschungen erbärmlicher, niedrigerer Art ungeschicklich, auf daß man in ihnen die Retter des Landes weiter sehen möge.

Letzten Endes aber freipieren sie in ihren eigenen Lügen. Erkennbar wird, für wen sie in Wahrheit ihre Arbeit verrichten. Als Gesetzgeber, als Verwaltungsbeamte, als Agitatoren, als nunmehr offene Feinde des revolutionären Proletariats. Noch tiefer zu sinken ist diesen patriotischen Sozialimperialisten nicht mehr möglich. Sie haben sich zu Lakaien des Kapitals prostituiert. Und wenn es noch eines Beweises bedürfte, so bekommen sie die Quittung von ihren Arbeitgebern, die allerdings schamlos verrät, wie sie mit den letzten Leistungen ihrer „Sozialisten“ zufrieden sind. Das alldeutsche Organ des Grafen Reventlow, die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einen Tag nach dem Aufbruch unter der Rubrik „Berliner Fondsberichte vom 14. Januar“ den folgenden frohlockenden Bericht, der größer als alle Empörungsrufe über den Mord an 42 unschuldigen Menschen die politische Situation von heute beleuchtet: „Neue Kurssteigerung im Vertrauen auf Moske, von dem erwartet, daß es ihm gelingen wird, die Kadaverbrüder niederzuhalten. Es herrscht unentwegte Festigkeit bei stellenweise lebhafter Kaufkraft, besonders für Montanpapiere.“

Die Sprache verstummt. So sieht es in der von Sozialisten geführten Republik aus: Proletarier fallen, die Kurse steigen. 42 Arbeiter verroteln, die Börse ist fest.

Der Kapitalismus schreitet über noch nicht erkaltete Leichen von Sieg zu Sieg. Die Börse triumphiert. Die Geschäfte der Banken florieren: „Im Vertrauen auf Moske.“

Zur Lebensmittelteuerung

Unter dieser Überschrift veröffentlicht in Nr. 2 des Korrespondenzblattes des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes G. Schmidt, Deutschlands Ernährungsminister, einen Artikel, welcher eine Rechtfertigung der an die Junker gezahlten Liebesgaben sein und die arbeitende Bevölkerung über die Notwendigkeit, den Agrariern eine Preiserhöhung zuzugestehen, aufklären soll. Noch einer besonderen Betonung, diese Frage objektiv zu beurteilen, denn auch wir (soll wohl heißen organisierte Arbeiterschaft) haben einen großen Fehler zu berichtigen, kommt er zu folgenden Ausführungen:

„Allzusehr war unser Bestreben in der Vorkriegszeit und auch während des Krieges auf die Erzielung möglichst billiger Lebensmittel eingestellt. Die Hauptfrage ist aber doch die Förderung und Steigerung der Produktion, vielmehr sollte dies die Hauptaufgabe eines jeden sozialistisch Denkenden sein. Bei der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist nun einmal der Verdienst die Triebfeder der Produktion. Mit dem Schlagwort Sozialisierung der Landwirtschaft kommen wir über die Zeiten der Not nicht hinweg, ganz besonders nicht auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion.“

Dennach müssen sich unsere alten Führer schleunigst berichtigen! August Bebel, der so oft Sturm lief gegen die Liebesgaben an die Junker, die Zölle, als die indirekten Liebesgaben und alle übrigen Verteuerungen der notwendigen Lebensmittel, er muß sich berichtigen, denn er hat damals geirrt. Schade, daß er nicht mehr unter den Lebenden weilt, man würde ihm jetzt schon beibringen, wie die Interessen des Proletariats vertreten werden müssen. Nach Schmidt besteht also der große Fehler darin, billige Lebensmittel zu erhalten, nach seiner Meinung gilt der Grundsatz „teuer und viel“. Dies scheint die sozialistische Regierungsweisheit zu sein, welche sich auch mit der bisher geübten Praxis vollständig deckt. Täglich kann dann vor den Auslagen der großen Geschäfte die Auswirkung dieser Weisheit studiert werden. Das Fenster ist angefüllt mit den notwendigen Lebensmitteln nach dem Rezept „teuer und viel“. Vor dem Fenster steht lopschüttelnd der Arbeiter, die abgehärmte Arbeiterfrau und die hungernden, unterernährten Kinder, mit gierigen Augen verschlingen sie all die Herrlichkeiten, das ist auch alles. Etwas von den ausgestellten Herrlichkeiten zu kaufen, um auch nur einmal in der Woche der Familie ein ausreichendes, kräftiges Gericht vorzusetzen, würde nahezu die Hälfte des Verdienstes verschlingen, ganz abgesehen von den Zwölften,

Krüppeln, Witwen und Waisen, deren Bezüge eine Ernährung dann überhaupt nicht mehr zulassen.

Nachdem nun der Grundlag, die notwendigsten Lebensmittel frei von jeder Belastung und nur die üblichen Gesteuerungskosten gelten zu lassen, endgültig bestätigt ist, versucht Schmidt den Nachweis zu erbringen, daß den Landwirten die Erzeugerpreise erhöht werden mußten. Er verschweigt dabei vollständig, daß den Agrariern im Juli 1919 die Erzeugerpreise um 33 vom Hundert erhöht wurden. Doch hören wir, mit welcher Begründung am 17. Juli 1919 die Preiserhöhungen ins Land gingen: „Die Preiserhöhung dürfte den berechtigten Klagen der Landwirtschaft über ein Zurückbleiben der Preise hinter den Gesteuerungskosten voll gerecht werden. Sie werden dazu beitragen, den Schleichhandel zugunsten der gesetzlichen Nation wesentlich einzuschränken. Wird dieses Ziel erreicht, so braucht die Erhöhung der Preise nicht notwendig eine entsprechende Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung nach sich zu ziehen, weil die gegenwärtige Schleichhandelsration oder wenigstens ein Teil davon auf die legale Versorgung übernommen würde.“

Ein halbes Jahr ist seitdem vergangen, die Agrarier stecken die Preiserhöhungen ein, kümmern sich keinesfalls um ihre Ablieferungspflichten, sondern trieben fidel ihre Schieber- und Schleichhandelsgeschäfte weiter. Kraft- und tatlos hat die Regierung (man vergesse nicht, wir haben jetzt ein kostspieliges Reichsernährungsministerium, welches nur mit der Sicherstellung der Ernährung beschäftigt ist) diesem Treiben zugesehen. Als nun die Ernährung der Städte bedroht wurde, mußte man keinen anderen Rat, als das verwerflichste aller Mittel, die Lieferungsprämien einzuführen. Nur durch die vollste Pflichterfüllung eines jeden einzelnen kann die Lage Deutschlands gebessert werden, so lesen wir täglich. Scheinbar hat dieser Pflichterfüllung nur der Arbeiter zu genügen, denn den im Besitze der Produktionsmittel befindlichen Kreisen wird die Pflichterfüllung noch besonders prämiert.

Daß die Preise der Produkte der Landwirtschaft eine Erhöhung infolge der gestiegenen Kosten erfahren müssen, steht ein jeder ein. Um die jetzige ungerechtfertigte Erhöhung zu beseitigen, macht Schmidt Angaben, welche nicht unüberprüfbar bleiben können. Nach seinen Angaben, welche er „unparteiischen Feststellungen“ entnommen haben will, betrug die Preissteigerung bei Brotgetreide 40 v. G. und bei Kartoffeln 115 v. G. seit den Jahren der Zwangswirtschaft. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus: Roggen stand in Deutschland am 1. Juli 1914 im Mittel auf 75 M die Tonne, wurde am 17. Juli 1919 als letzte Erhöhung auf 405 M gesetzt, also eine Steigerung seit vor dem Kriege um 135 v. G. Der erste Bundesratshöchstpreis vom 1. Oktober 1914 setzte den Friedenspreis schon um 50 M, also 30 v. G. höher, und zwar auf 225 M die Tonne. Bei den Kartoffeln steht es ebenso. Am 1. Juli 1914 standen die Kartoffeln im Mittel auf 44,2 M die Tonne Großhandelspreis in Berlin, demnach ein Erzeugerpreis von 38 M die Tonne. Dieser Erzeugerpreis wurde am 1. Oktober 1914 auf 53 M erhöht und fuhr im Juli 1919 seine höchste Steigerung auf 135 M, das sind 255 v. G. Wo die unparteiische Seite ihr Zahlenmaterial, auf welches sich Schmidt stützt, her hat, ist unerklärlich, amtliches ist auf keinen Fall verwendet worden.

Die Hauptnahrungsmittel, Brot und Kartoffeln, haben den niedrigsten Stand der Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte. Die übrigen Produkte, Milch, Eier, Gemüse und Obst, weisen eine Verteuerung von durchschnittlich 350 vom Hundert auf.

So unmaß die von Schmidt gemachten Angaben über die Preissteigerungen sind, genau so verhält es sich mit den Angaben über die Steigerung der Produktionskosten der Landwirtschaft. Wir wollen nur die Löhne herausgreifen. In der Aufrechnung werden sie mit 200 v. G. über den Friedensstand angegeben. Den Beweis soll er erbringen, daß die Kräfte und Mäde auf Ostelbens Gefilden eine Steigerung ihrer Löhne um 200 v. G. erhalten haben. Wohl haben sie gestreift, sind für ihre Forderungen voll und ganz eingetreten, haben aber niemals derartige Löhne erzielt.

Der Verdienst sei die Triebfeder der Produktion, wie Schmidt behauptet; das stimmt nicht ganz. Wenn der Agrarier an 1000 Ztr. Kartoffeln genügend verdient, so zeigt er kein Interesse daran, seinen Boden intensiver auszunutzen und eventuell 1500 Ztr. anzubauen. Denn er befürchtet, bei einem höheren Angebot von Mengen auf dem Markte würden die Preise sinken. Das weniger Anbauen von Erzeugnissen verringert sein Risiko, er macht nach seiner Meinung sich nicht selbst Konkurrenz. Aber dies hat die Arbeiterschaft darüber im Krieg genügend Erfahrung gesammelt. Es hat noch niemand vergessen, daß der Agrarier die Kartoffeln in der Erde und sie dort verderben ließ. Ungebillig herrschte Arbeitermangel, obwohl fast alle Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft beschäftigt wurden und die Bauern dadurch ihren Gehendstand voll besetzt hatten. In Wirklichkeit drohten bei genügender Zufuhr die Preise zu sinken.

Die verkehrte Methode der Produktionssteigerung, welche im Kriege geübt und zum Zusammenbruch führte, wird unentwegt weiter getrieben. Es wird eben fortgemurrt. Die bewilligten Liebesgaben, wie sie in ihren Auswirkungen auf den Arbeiterhaushalt lasten, braucht nicht erörtert zu werden, täglich fühlt es ein jeder an eigener Leibe. Die Arbeitermassen führen den Kampf nur noch, um das nackte Leben fristen zu können, um Anteil an den Gütern der Kultur zu nehmen, dazu reicht es schon lange nicht mehr. Um nun dieser neuesten Schröpfung des Volkes etwas von ihrer Schärfe zu nehmen, wird versucht, durch die bekannte Entschlieung des Zentralvorstandes der Arbeitsgemeinschaft einen Ausgleich zu schaffen. Schmidt nennt es „tautkräftiges Handeln“. Die in der Entschlieung vorgeschlagene Taktik kann nie und nimmer von den organisierten Arbeitern befolgt werden, wird einmal diese schiefe Ebene beschritten, so geht es bergab mit den Organisationen und zugleich

mit der Macht der Arbeiterschaft. Die Regierung muß den Mut finden, den Agrariern die Pflichterfüllung abzuwürgen, ohne Geldprämie. Gegen die Arbeitermassen hat man den Mut ausgebracht, durch den Afford zwingt man sie, bestimmte Leistungen zu vollbringen, warum können nicht berartige Mittel gegen die Agrarier in Anwendung gebracht werden, allerdings in anderer Form. Sind die Landwirte nicht bereit, ihrer Pflicht nachzukommen, so muß durch eine durchgreifende Kontrolle des Anbaues sowie der Ablieferung die Pflichterfüllung festgestellt und mit Zwangsmaßnahmen und sei es die Enteignung, durchgegriffen werden. Der Zustand kann nicht mehr bestehen bleiben, daß die Folgen einer verruchten Regierungspolitik auf die Masse des Volkes abgemäht werden. Die organisierte Arbeiterschaft hat es herzlich satt, sich dann in ihren Organen noch Aufträge über sozialistisches Föhlen und Denten von bantrottenden Regierungskleuten bieten zu lassen.

Taktische Probleme

Von Gustav Gruns (Magdeburg).

Haben wir uns in den Gewerkschaften zur prinzipiellen Klarheit durchgerungen, haben wir die von Karl Marx gegebene Auffassung uns zu eigen gemacht, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in ihrer weiteren Entwicklung politische Klassenkämpfe werden und demgemäß die Gewerkschaften auch Mittelpunkt und Stützpunkte des proletarischen Klassenkampfes sein müssen, so sind damit die direktivistischen Gewerkschaftsbewegungen noch keineswegs gänzlich beseitigt. Abgesehen von den kleinsten Tagesfragen, mit denen gerade die Gewerkschaftsbewegung befaßt ist, die fast immer in veränderter Form an die Ortsverwaltungen der einzelnen Verbände herantreten und zu deren Erledigung feste Grundzüge aufzustellen einfach unmöglich ist, wenn diese nicht eine dauernde Auserauswahl erfahren sollen, bleiben doch noch einige sehr wichtige Probleme bestehen, die sehr dringend der Erörterung bedürfen. Es genügt nicht, wenn wir uns auf den Boden der Diktatur des Proletariats stellen und das Rätesystem als die geeignete Staatsform zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anerkennen, wir müssen auch wissen, wie wir unsere Taktik einrichten haben, um in der Gegenwart die Lage unserer Volksgenossen zu bessern und um die uns gesteckten Ziele zu erreichen. Hierüber herrscht noch Unklarheit. Aber wie weit auch über diese Fragen die Meinungen der revolutionären Gewerkschaftsmitglieder auseinandergehen mögen, es sind doch nur taktische Probleme, um die sich der Streit dreht, und eine eingehende Erörterung kann, sobald die Träger der verschiedenen Anschauungen in der prinzipiellen Auffassung über den Charakter der Gewerkschaftsbewegung sich im Einklang befinden, sehr viel zur Erleuchtung der Differenzpunkte beitragen. Ganz verschwinden werden sie freilich nicht, dafür bürgt schon der stetige Wandel unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, die mit Naturnotwendigkeit immer neue Probleme zur Diskussion stellen müssen. In der jetzigen Phase der Entwicklung wird das Wort von der „einigen reaktionären Masse“ auf die Gewerkschaftsbewegung niemals zutreffen.

Es ist das Hauptziel der Gewerkschaftsbewegung, daß die in ihr tätigen Gewerkschaften nur auf sehr den alltäglichen Sorgen und kleinlichen Fragen in Anspruch genommen werden. Dadurch wird der Mut für das Werk gegeben und der Bureautätigkeit auf das bedenklichste Bescheid geleistet. Wie mancher früher Genosse, der als revolutionärer Sülmann in Gewerkschaftsdienste getreten ist, ist eine jener Typen geworden, von denen heute die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft meistens nur mit Verachtung spricht. Revolutionärer Schwung verbunden mit zielklarer Energie ist bei den Gewerkschaftsführern der alten Schule nur selten zu finden. Fast ausnahmslos stellen sie der Arbeiterschaft anheim. Nur dadurch ist es zu erklären, daß die Gewerkschaftsführer nach dem Siege der Revolution meist rat- und ratlos von den Dingen gegenüberstehen. Statt bahnbrechend, wie es ihre historische Mission gewesen wäre, in der sozialistischen Neugebaltung der wirtschaftlich-Verhältnisse Deutschlands voranzugehen, zündende Gedanken zu produzieren und richtungsgebende sozialistische Arbeit zu leisten, verschwendeten sie ihre Zeit auf die Errichtung der falschen Arbeitergenossenschaften zur Sicherung des kapitalistischen Profits, von denen sie hoffen, für die Arbeiterschaft Vorteile zu erringen, und behaupten, daß sie die konsequente Durchführung der von den Gewerkschaften freizugelegten Lottogemeinschaften bilden. Das mag stimmen, offenbar aber auch zugleich, wie wenig die alten Gewerkschaftsführer befähigt sind, neue Gedanken in sich aufzunehmen. Und hier liegt der Anknüpfungspunkt der gegen sie geführten „Sage“. Eine neue Zeit erfordert auch neue Wege.

Nach der Revolution hätte es der Arbeiterschaft durch die Macht der Sache, die sie besaß, möglich sein müssen, ihre berechtigten Forderungen ohne jeden Streit einfach durch eine Machtwort durchzudrücken. Alle irgendwie zur Verfügung stehenden Kräfte hätten zum Aufbau einer sozialistischen Produktionsform herangezogen werden müssen. Das wäre möglich gewesen, wenn man die Vorbedingungen dafür geschaffen hätte. Die sonstigen wilden Streiks wären durch Mittel zweierlei Art zu bannen gewesen; erstens: durch Gewährung einer den damaligen Lebensverhältnissen angemessenen Entlohnung und zweitens, was die Hauptsache gewesen wäre: durch die Inangriffnahme der Sozialisierung. Nicht meine Schuld ist es, daß es nicht gelungen ist. Gerade ein Vertreter der linkssozialistischen Arbeiterschaft ist es gewesen, der auf dem ersten Nationalkongress im Dezember 1918 darauf hinwies, daß positiv gehandelt werden muß, wenn die Revolution nicht zu einer „großen Lohnbewegung“ werden soll. Letztlich wurde dem auch beschloffen, daß mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Betriebe unverzüglich zu beginnen“ ist. Was later aber die hochmögliche Regierungsmöglichkeit, gestützt auf die ihr freu ergebenden Gewerkschaftsführer? Vor latter Sorgen und Kopfzerbrechen, wie das Proletariat am besten niederknurren ist, kamen sie nicht dazu — und sind heute, nachdem bereits über Jahresfrist seit jener Zeit verstrichen ist, noch nicht dazu gekommen —, den gerade von ihren Parteigenossen mitgefaßten Beschluß durchzuführen. Im Gegenteil, sie sind ihre Helfer besser late alles, um den kapitalistischen Kapital wieder auf den höchsten zu heben, und schüzen damit im Proletariat, dessen Verlangen nach der Sozialisierung nicht wieder von der Tagesordnung verschwindet, jene Verwirrung, die heute im Streit um die organisatorische Form der wirtschaftlichen Organisationen und ihrer Aufgaben zum Ausdruck kommt.

Den spärlich vorhandenen Forderungen werden erhebliche Anstrengungen gemacht, nicht nur in Arbeiterkreisen, von denen man zur Schlichtung dieser Forderungen keine, daß sie inoffiziell handeln, sondern auch von den Behörden, die sich unbedingt der Verantwortung und der Drogen ihrer Handlung bewußt sein müssen. Als der Streit der Berliner Metallarbeiter beendet hatte, beschäftigte sich mit dem Ergebnis eine Sonderkommission der Berliner Arbeiterkammer. Sie schloß daraus die klare Lehre, daß die Kräfte mit übereinstimmender revolutionärer Willensrichtung zu einer revolutionären Kampfe gesellschaftlich zusammenzufassen werden können. Das mag vielleicht richtig sein, ist aber dennoch nicht geeignet, die so unbedingt notwendige Einigkeit in der Gewerkschaftsbewegung zu wehren. Wir können nicht einfach herkommen und die einen revolutionären Standpunkt einnehmenden Kollegen aus den Organisationen ausschließen — ganz abgesehen davon, daß sie sich das gar nicht gefallen lassen würden! —, jedoch die weitaus meisten davon überzeugen, daß ihre ideologische Zielweise mit der meisten wirtschaftlichen Interessen nicht im Einklang zu bringen ist; wir wollen die Kräfte der anderen bestehenden Organisationen revolutionären, soweit das irgend möglich ist. Sollten wir den Grundgedanken der von den Berliner Arbeiterkammer gefaßten Resolution durchzuführen, müßten neue Organisationen gegründet werden. Das kommt auch zum Ausdruck, indem es heißt, daß „die Organisationen der Gewerkschaften nur auf der Grundlage der Betriebe gebildet“ sein

und daß der Aufbau dieser „Kampforganisationen“ sofort und umfassend über das ganze Wirtschaftsleben Deutschlands zu geschähen hat.“ Diese unüberwindlichen Forderungen, die sich direkt gegen die Gewerkschaften richten, gewinnen an Bedeutung, wenn man bedenkt, daß die Berliner Arbeiterkammer sich zum weitläufigsten Kreis aus freigewerkschaftlichen Kollegen zusammenschloß, die in ihren Organisationen über entscheidenden Einfluß verfügen und das Sprachrohr großer Arbeitermassen bilden. Wenn auch die Wortführer der Berliner Arbeiterkammer in der Resolution vom Dezember 1918 abgehangen sind, so bleibt die Spitze doch bestehen als ein Schulbeispiel, wie die Umgestaltung der Gewerkschaften nicht betrieben werden darf, wenn auf diese Weise die Verwirrung nur noch größer gemacht — ein Trümpferhaufen wäre die Folge.

Nach all dem müssen die Gewerkschaften das Vollwerk gegen übermäßige Ausbeutung, die Organisation zum Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bilden. Das ist eine ihrer Aufgaben, der sie die ernsteste Beachtung zuteil werden lassen müssen. Aber nicht immer können sich die Gewerkschaften der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hingeben; oftmals müssen sie alle Kräfte aufwenden, um von dem totalen Internierertum geplante Verschlechterungen abzuwehren, oftmals stehen Tausende und Abertausende im Streit, nur um dieses Ziel zu erreichen. Es muß das Bestreben aller Gewerkschaften sein, die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter ihren Einfluss zu bringen und die Erfolge der Kämpfe zu sichern. Diese Aufgaben können nicht von den Organisationen der einzelnen Betriebe geleistet werden, dazu gehören zentralistisch zusammengesetzte Organisationen, deren Blick nicht auf die Verhältnisse eines einzelnen Betriebs oder einer Stadt, sondern auf die des gesamten Wirtschaftsgebietes gerichtet ist und deren Kräfte es eher vermögen, dem Nachwillen eines einzelnen Arbeitnehmers, dem einer Stadt oder gar eines ganzen Bezirks nachzugeben, als eine aus Tausenden von Betriebsorganisationen bestehende Föderation. Die Zentralisierung der Gewerkschaften ist nicht etwas, was, um Organisationsglieder zu treiben, von einem jüdischen Kopf ausgeheckt worden ist — sie hat sich von selbst aus den Verhältnissen heraus gebildet. Gerade die zentralistischen Berufs- und Industrieverbände sind es, die schon durch ihre Organisationsformen die ihnen angehörenden Arbeitermassen zur weitgehendsten Solidarität erziehen und verpflichten, so eine der Vorbedingungen für den proletarischen Klassenkampf schaffen. Sol dieser freilich für das Proletariat aufzuheben werden, so ist eben auch notwendig, daß die hier nur flüchtige Arbeit im vollsten Maße geleistet wird. Es ist eine alte Erfahrung, daß mit wirtschaftlich gedrückten, aus äußerster Not zur Verzweiflung getriebenen Massen wenig planvolle Arbeit zu leisten ist; soll Arbeit im Sinne der sozialen Revolution vollbracht werden, dann gehören dazu Arbeiterkreise, die geschult und kräftig organisiert sind, sie müssen aus Erkenntnis handeln und im vollen Bewusstsein ihrer Aufgabe ans Werk gehen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe tragen mit ihrer immer schärfer hervortretenden Tendenz, die einzelnen Betriebe in den Hintergrund treten zu lassen und durch das Bestreben, ganze Industriegruppen immer größerer Bezüge in ihren Bann zu ziehen, den Charakter des Klassenkampfes. Diesen wollen wir fördern; das ist revolutionäre Arbeit. Wenn dazu die vorhandenen Organisationen nicht mehr ausreichen, dann müssen sie unerschrocken ergänzungsweise ergänzt werden. Der Metallarbeiterverband hat die hier wichtige Arbeit geleistet. Daß die dort gefaßten Beschlüsse auf Schaffung von Industriepartien und Kampforganisationen nicht nur Beschlüsse bleiben, sondern auch in die Tat umgesetzt werden, dafür zu sorgen, ist unsere Aufgabe. Weiter ist dafür zu sorgen, daß die Organisationen mit revolutionärem Geist erfüllt werden und der Mut zur Konsequenz in den Vordergrund tritt. Es genügt nicht, das Mitgliedsbuch einer bestimmten politischen Partei in der Tasche zu haben, ein planloses Kleppernetzwerk zu den gefaßten Beschlüssen abzulegen, um dann im übrigen jedem Konflikt mit dem übermäßigen Kapital aus dem Wege zu gehen. Haben wir die Notwendigkeit des rückfichtslosen Klassenkampfes erkannt, dann müssen wir ihn auch wagen und anstreben mit aller Macht. Nur so werden wir vor blutigen Syndikalistischen Extravaganzen, wie die der Berliner Arbeiterkammer, verschont bleiben.

Es ist das langjährige Verlangen der deutschen Gewerkschaften, daß sie, obwohl ihnen die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung genau bekannt ist, so wenig vermögen, den Mut zur Konsequenz aufzubringen. So war es bei Kriegsausbruch, so war es nach Beginn der Revolution und so ist es auch jetzt. Nur unter diesem Gesichtswinkel ist es zu verstehen, daß den Gewerkschaften in Kreisen hervortretender Politiker eine beängstigend geringe Wertschätzung zuteil wird. „Die Gewerkschaften sind ein notwendiges Übel“, so ist das — wenn auch nicht immer ausgesprochen — Urteil vieler unserer politischen Kampfgesinneten. Sinnlos wird von ihnen der Wert der in der Gewerkschaftsbewegung geleisteten organisatorischen und erzieherischen Arbeit unterdrückt und zum andern vermöggen sie — weil noch nicht zum Ausdruck gekommen! — die Macht des gut organisierten gewerkschaftlichen Massenkampfes nicht zu erschaffen. Das muß anders werden. Die Gewerkschaftsbewegung muß in den Reihen der modernen Arbeiterorganisationen als vollkommen gleichberechtigt gelten. Nur mit ihr und mit gut organisierten Kollaborationen — über deren Konstitution und Aufgaben in der Metallarbeiter-Zeitung eingehende Erörterungen von herrlicher Feder gegeben worden sind — und hoffentlich noch gegeben werden — kann die Eroberung der politischen Macht und der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft gelingen. Wird der Gewerkschaftsbewegung heute noch die Qualifikation dafür abgeprochen, dann muß sie den Besitzbürgern nachweislich durch die Tat erbringen. Wird unsere Arbeit darauf eingestellt, dann wird es mit der sozialen Revolution vorwärtsgehen, trotz alledem! Deshalb Hand ans Werk, zu neuen Ufern lößt ein neuer Tag!

Die Berliner Metallarbeiter zum 13. Januar

Am 13. Januar fand die Generalversammlung der Berliner Verwaltungskammer statt. U. a. wurde auch Stellung zu den Vorgängen vom 12. Januar genommen. Dazu lag uns eine Protokollausgabe vor, die die meisten Mitglieder an der Demonstration teilgenommen hatten, nachdem die Ortsverwaltung dazu die Aufforderung hatte ergehen lassen. Die Erörterung über die Maßnahmen der Regierung vom 12. Januar und der folgenden Tage war sehr groß. Fast einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung der Verwaltungskammer Berlin gibt ihrer tiefen Empörung Ausdruck über das Verhalten, das unter dem Berliner Proletariat angeht worden ist.

Die Verwaltungskammer hat sich darüber klar, daß die gegenwärtigen Maßnahmen einen 13. Januar, eine Proletariatskollaboration branden, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse und die einer feindlichen Klassenklasse zu befestigen.

Das schändliche Einverständnis und Feilschieren hierzu als wichtige Kräfte des Kapitals Handlungsbewegungen betrachten, ist jenseitig der Verwaltungskammer.

Die Generalversammlung stellt fest, daß fast die gesamte bürgerliche Presse unter Führung des „Vorwärts“ gefälschte Berichte über die blutigen Vorgänge gebracht hat.

Es erhebt sich ein Protest gegen die Presse, die aus diesem Anlaß gegen das revolutionäre sozialistische Proletariat veranlaßt wird, während man die Angehörigen gleichzeitig umworben gemacht hat durch Aufhebung der Berufsverpflichtung und Knechtung ihrer Presse.

Die Verwaltungskammer fordert, daß durch die Verhängung des Berufsverbotes auch der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiterkammer schwer gelähmt wird, um so mehr, als alle rein wirtschaftlichen Kämpfe in beschränkter Weise als politische verhängt werden.

Es ist in der Erwartung des Klassenkampfes nur den Kampf, die verhaßte Organisation des kämpfenden Proletariats loszulassen und demnach zu schließen. Deshalb fordert die Ver-

waltungskammer die Aufhebung des Ausnahmezustandes, insbesondere die sofortige Freigabe der Presse und fordert das gesamte Proletariat Deutschlands auf, sie in ihrem Kampfe tatkräftig zu unterstützen.

Die Verwaltungskammer gelobt, die Märtyrer des proletarischen Klassenkampfes zu ehren durch enfschlossene Fortführung des Kampfes bis zum endgültigen Siege des Sozialismus.

Die Regierung legt ihre Gewaltmaßnahmen fort. Sie hat fast alle Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei innerhalb des Belagerungsgebietes auf unbestimmte Zeit verboten. Der Vorsitzende dieser Partei, Ernst Tammig, ist verhaftet, desgleichen auch der Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, Vollmershaus. Den Schwermächtern unserer Organisation, Oskar Ruch, verjagte die Polizei mehrere Male in Haft zu nehmen, was aber bis jetzt nicht gelungen ist. Diese Gewaltmaßnahmen werden hoffentlich unsere Mitglieder über die Zustände im „neuen“ Deutschland aufklären.

Die Zersplitterer am Werke

Die gegen den jetzigen Verbandsvorstand von gewisser Seite betriebene Hege scheint man auch in Höchst a. M. nachahmen zu wollen. Interessant ist, daß Kollegen, die vor und während des Krieges materieller Vorteile halber auf die Organisation piffen, sich jetzt berufen fühlen, die Rolle des Paters aus „Wallenteins Lager“ zu spielen. Wir erhielten Kenntnis von einer geheim abgehaltenen Sitzung, die sich u. a. aus, mit der Delegiertenwahl zur Bezirkskonferenz beschäftigte, um Kandidaten zu nominieren, die dem jetzt in Frankfurt politisch dienenden ehemaligen Bezirksleiter Schüler (der sich bei dieser Gelegenheit von den Kollegen verabschieden will) noch den Ehrenrang winden helfen sollen. Es anständiger, nur den offenen Kampf liebende Kollegen nehmen wir von einer Veröffentlichung der Namen dieser Hegehelden Abstand. Da die Geschäftsführung mitbeteiligt war, konnten wir noch nicht ermitteln, aber festgestellt ist, daß zwei Ortsverwaltungsmitglieder an fraglicher Sitzung teilgenommen haben und zur Konfirmierung der Beteiligten sei gesagt, daß sie ausgesprochene Anhänger der Regierungsozialisten sind. Die Antwort auf ihre Hegebühnerei sind ihnen die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kollegen nicht schuldig geblieben. In einer am Donnerstag den 17. Dezember 1919 im „Sonnenrade“ tagenden Generalversammlung erhielten sie die gebührende Antwort bei der vorgenommenen Delegiertenwahl. Sie glaubten uns überumpeln zu können, aber weit gefehlt. Ihr geradezu, gelinde über-unsauberer Verhalten wurde von mehreren Kollegen treffend gekennzeichnet. Die Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem sonderbaren Verhalten der Hegehelden, die durch einen ihrer Sprecher erklären ließen, doch bei der Wahl einen „Gemäßigten“ zu berückichtigen, bei denen doch noch die „Vernunft“ vorherrsche. Die Ausführungen des „Kandidaten“ (Vernünftigen) wurden gebührend zurückgewiesen. Die Klassenbewußten Kollegen ließen sich durch nichts binden. Die vom Kollegen Bänder vorgeschlagenen Kandidaten, alle kampferprobte Kollegen, Rangel, Müller und G. Weber, wurden mit überwiegender Mehrheit als Delegierte zur Bezirkskonferenz gewählt. Die Kandidaten der „Vernunft“ — Hartig, R. Schwarz und Adam — unterlagen.

Nun noch ein paar Worte zu den Machenschaften der ehemaligen Mehr. jetzigen Minderheit. Nach einer von bestimmter Seite ausgehenden Parole scheint man den jetzigen Vorstand diskreditieren zu wollen. Die Schreibweise unserer Zeitung scheint es ihnen angetan zu haben — man scheint nach Revanche zu suchen — indem man im Befehlen Gebiet, um das Gleichgewicht wieder herzustellen — sich mit der Gründung einer „neuen Zeitung“, jedenfalls in Köln oder Mainz redigierten Blattes befaßt. Wir müßten das Besot unendlich bedauern und hoffen, daß unsere kurze angeblich verbotene Zeitung wieder eingeführt werden kann. Den Vorstand bitten wir, unverzüglich Schritte zu unternehmen, die das Einfließen unserer Zeitung wieder ermöglicht.

Auf dem Boden des Klassenkampfes stehen — hier Arbeit — dort Kapital — in Erwartung schwerer wirtschaftlicher Kämpfe — ist ein Gebot der Stunde: Einigkeit! Drum: Seid auf der Hut!

Zur Schmiedekonferenz

Da es nun endlich nach langem Warten zur Wahrheit wird, daß die Konferenz stattfindet, hätte man schon jetzt eine regere Diskussion in der Zeitung erwarten dürfen. Jedenfalls ist es von Bedeutung, wenn das Thema Agitation und Organisation einer eingehenden Aussprache unterzogen würde. Wenn auch alles durch die Novemberstürme dem Organisationsgebanten nähergekommen ist, so läßt dies auf dem Lande, wo unser Nachwuchs herangebildet wird, viel zu wünschen übrig. Von der achtstündigen Arbeitszeit ist vielfach noch nichts zu hören. Trotzdem ist heute der Zugang nach dem Lande weit größer, als das früher der Fall war; jedenfalls tragen die auf dem Lande günstigeren Ernährungsverhältnisse dazu bei. Ebenfalls ist die Lehrlingsfrage von Bedeutung. Die Lehrlingszucherei nimmt heute überhand. Die schlechte Ausbildung zwingt dann die jungen Leute zu Lohnbrüderereien. Eine der heikelsten Fragen ist wohl die der Lohnverteilung. Daß das heutige System dazu angetan ist, unsere Volkswirtschaft in die Höhe zu bringen, möchte ich bezweifeln. Ohne Qualitätsarbeiter kann ich mich keinen Betrieb vorstellen. Mit der heutigen Lohnzahlung nach Alter sind wir auf dem besten Wege, die Heranbildung solcher zu verhindern. Die technischen Fortschritte können durch gute und tüchtige Arbeiterkräfte vorteilhafter ausgenutzt werden. Die Lohnverteilung nach altem Muster zwischen Feuerschmied und Helfer, um einige Prozent höher für ersteren, scheint mir nutzbringender zu sein als die heutige Lohnzahlung nach Alter. Es gehören doch Fälle keineswegs zur Seltenheit, wo Feuerschmiede jünger sind als ihre Helfer. Vorausgesetzt, daß letzterer ein gelernter Schmied ist und auch als solcher in Frage kommen will. Hier würde der Helfer mehr verdienen als der Feuerschmied. Ein Unterschied nach Leistung muß nach meiner Ansicht auch unter den Gelehrten stattfinden. Ein Ausgleich für die Kopfzahl der Familie ist Sache des Staates, denn dieser allein zieht den Nutzen daraus. Die Abtufung der Steuer allein genügt hier nicht. Hier Richtlinien festzusetzen, muß Aufgabe der Konferenz sein. Aug. Weidler (Wünster).

Zur Reichskonferenz der Heizungsinstallateure und Helfer

Auf der letzten Reichskonferenz am 17. und 18. Juni 1908 nahm die Besprechung der örtlichen Verhältnisse einen sehr breiten Raum ein. Das Organisationsverhältnis wird wohl in allen Bezirken nurmehr so sein, daß der einstimmige Wunsch der damaligen Konferenz, eine gute örtliche Organisation zu schaffen, erfüllt ist und nunmehr zur Schaffung eines Reichsverbandes geschritten werden kann. Bei den Verhandlungen für den 7. Bezirk im Juni 1919 in Düsseldorf erklärten die Unternehmer, daß von ihrer Zentrale ein solcher Tarif in Arbeit wäre und würden die Spitzen der Verbände bald zur Beratung zusammenkommen. Ob die Beratungen inquisitorisch gepflogen wurden, weiß ich nicht. Wenn nicht, so müßte dieses vor unserer demnächst stattfindenden Reichskonferenz geschähen und dieser der Entwurf vorgelegt werden. Der Metalltarif darf über Lohn- und Lohntabellen keine Bestimmungen enthalten, diese können nur örtlich oder bezirksweise mit tarifer Kündigungsfrist geregelt werden. Um aber die Verhandlungen über Lohn- und Lohntabellen erfolgreich führen zu können, muß seitens des Vorstandes den Kollegen finanzielles Material geliefert werden. Ebenfalls müßte verhandelt werden, die Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter in dem Tarifvertrag zu regeln.

Ich bitte die Kollegen, in den Verwaltungsstellen in diesem Sinne unter den Heizungsinstallateuren tätig zu sein. J. Agthe (Köln).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 1. Febr. 1920 der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1920 fällig ist.

Für den neugebildeten Bezirk Ostpreußen, Sitz Königsberg, wird zum sofortigen Antritt ein

Bezirksleiter gesucht.

Kollegen, die mehrere Jahre in der Arbeiterbewegung tätig, mit allen vorkommenden Arbeiten innerhalb unseres Verbandes vertraut und in der Agitation bewandert sind, wollen ihre Bewerbung beim Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adreßstr. 16, bis zum 21. Februar 1920 einreichen.

Bei Bestellung von Ersatzbüchern ist der Betrag von 1 M., bei Ersatz-Mitgliedschaftsausweisen von 50 Pf. pro Stück mit einzusenden.

Bewaltungstellen, welche Ersatz-Mitgliedschaftsausweise zur Selbstausstellung am Platze wünschen, haben für die bestellte Anzahl ebenfalls den Betrag von 50 Pf. pro Stück mit der Bestellung einzusenden, andernfalls bleiben die Bestellungen unberücksichtigt.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adreßstraße 16 A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Bestimmungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with 4 columns: Ortsname, für die Mitglieder der Beitragsklasse I, II, III wöchentlich Pfennig, Beginn der Beitragsleistung. Includes entries like Freudenstadt, Weichenburg i. O., Wismar.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag des Vorstandes: Der Schlosser Josef von Eyh, geb. am 18. Juni 1892 zu Niederlahnstein, eingetr. am 1. März 1919 auf Mitgliedschaftsausweis Nr. 33015, wegen Unterschlagung in der Verwaltungsstelle Odenburg i. O.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Das nachfolgend genannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Posen: Der Eisenrichter Richard Galonska, geb. am 29. Dezember 1886 zu Gleiwitz, Buch-Nr. 2.777.180, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

Aber die vom 1. bis 31. Dezember 1919 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- List of member locations and their counts: Von Aachen 825,20 M., Aalen 5000, Albern 800, Alfen 2000, Alfeld 3000, Allenstein 484, Altona 8000, Altenburg 10000, Altkönig 500, Altmühl 7000, Altmühl 8500, Altkönig 1100, Annaberg 4500, Arnstadt 1500, Apolda 1000, Arnstadt 3000, Arnstadt 1200, Aschaffenburg 297,20, Alfersleben 10000, Aue 74000, Augsburg 23652,80, Bamberg 3500, Barmen 30000, Barth 500, Bayreuth 3000, Bendorf 6000, Bernsdorf 1100, Bensheim 500, Bergedorf 2000, Berka 900, Berlin 7703,84, Bernburg 13000, Bielefeld 8235,80, Biberach 1500, Bielefeld 1055,92, Bielefeld 50000, Blankenburg a. S. 2000, Blankenburg i. Th. 200, Bochum 40000, Bockwitz 2000, Bonn 15000, Brandenburg 20000, Braubach 8000, Bremen 35000, Bremerhaven 30000, Breslau 433,50, Buchenau 1400, Buschhausen 5500, Burg 2000, Burgstadt 2500, Buttstädt 500, Celle 1000, Chemnitz 160000, Grimmitzschau 6000, Dahme 300, Darsnstadt 20000, Dessau 600, Dönnitz 825, Detmold 2000, Dillenburg 1100, Dippoldiswalde 400, Döbeln 4000, Dorsten 1400, Dortmund 42000, Dresden 70000, Dresden 800, Duisburg 190000, Dürren 10000, Düsseldorf 55188,26, Eberbach 1000, Eberstadt 800, Eberstadt 38000, Ebingen 5000, Eilenburg 1300, Eimbeck 800, Eisenach 2000, Eisenach 275000, Eisenberg 1000, Eisleben 4500, Eisingen 10000, Eiterwerda 3000, Embden 2000, Empel 240,50, Erfurt 15000, Eschwege 258,70, Essen 20048,30, Falkenberg 300, Flensburg 20000, Forchheim 500, Frankenberg 1500, Frankfurt a. M. 200000, Frankfurt a. O. 4500, Freiburg i. Schl. 1500, Freiburg 2000, Freudenstadt 500, Friedenthal 5000, Friedland 430, Friedland 700, Friedrichshafen 9000, Friedrichthal 700, Fulda 1000, Fürstberg i. M. 281,76, Fürstental 4500, Fürth 6000, Fürth 4000, Gießen 2500, Gießfeld 1000, Gießenheim 2500, Geseke 18000, Gießen 2500, Glashaus 3000, Gleiwitz 12000, Glogau 1000, Göttingen 1000, Gröden 4000, Groppe 25000, Gröden 14000, Goslar 1500, Göttingen 800, Gotha 8000, Göttingen 1500, Gröden 500, Gröden 5000, Greiz 3500, Grimma 2000, Großschärf 3200, Gronau 500, Großschärf 3000, Großschärf 1800, Grünau 1700, Guben 17771,50, Gummersbach 4000, Güstrow 2000, Gutenbach 911, Gundersleben 600, Hagau 40000, Hain 1000, Hainichen 1000, Hammerfest 1000, Halle 1900, Halle 30000, Hamburg 17749,99, Hameln i. B. 12500, Hannover 80520,25, Harburg 8995, Hatzfeld 3000, Hainna 1000, Heide 450, Heidenheim 3500, Hellbrunn 30700, Helmstedt 3000, Herborn 2800, Herford 1000, Herrenberg 550, Hildesheim 5000, Hindenburg 14000, Hirschberg a. S. 474,50, Hirschberg i. Schl. 5000, Hirschbach 6316,86, Hirsch 27000, Hof 2000, Hohenlimburg 15000, Hohenstein 5000, Hohnstein 600, Hörde 47000, Hötensleben 450, Hufnagel 400, Jagoda 800, Jägershof 15000, Jägerhof 600, Jauer 1000, Jena 4000, Jüterbog 1500, Kahla 400, Kalbe 500, Kamen 1500, Karlsruhe 70000, Kassel 48000, Kattowitz 14000, Kaywitz 400, Kaufbeuren 500, Keilbach 2000, Kempten 1000, Kiel 15000, Kiewitz 1800, Koblenz 2000, Koblitz 188,01, Köln 125000, Königsberg 50000, Königsberg 850, Königssee 142,27, Königsgraben 12000, König 301,80, Konitz 1777,02, Korbach 1200, Kärntn 400, Köslin 2000, Kösen 800, Köthen 3000, Kottbus 2000, Köthenau 1500, Krippenmühle 1000, Krummholz 2000, Kücknitz 800, Labes 800, Laß 600, Landsberg 800, Landsberg a. S. 400, Landsberg a. B. 2000, Lauterbach 1000, Lauf 450, Lauterbach 6000, Lauterbach 4000, Lauterbach 650, Lauterbach 2000, Lebach 650, Leipzig 10000, Lebach 1200, Leinfelden 500, Lichtenfels 941,96, Leipzig 4000, Limbach 1000, Limburg 4000, Lindau 1000, Sipplstadt 3500, Ebnau 1000, Löditz 700, Salsitz 4400, Lützen 15000, Lüben 700, Lübb 900, Lützenwalde 6000, Lützen 12000, Ludwigsfelde 40000, Luga 6000, Lüneburg 600,

- End 1000, Magdeburg 110000, Malepane 5000, Mannheim 120000, Marburg 350, Marzahn 3200, Martinlamitz 1000, Maslow 800, Meerane 3900, Meißner 2000, Memel 2000, Memmingen 1500, Merkersbach 400, Merberg 10000, Mettmann 1000, Metzingen 1100, Meuselwitz 2000, Miesbach 500, Minden 2000, Wittweide 1500, Mühlhausen i. Th. 4000, Mühlfeld 1000, Mühlheim 15000, Münchendorf 110192, Müstau 1700, Naugard 188,02, Raumburg 1000, Reichenbach 2000, Reibitz 1200, Neubrandenburg 1000, Neumarzt 1800, Neumünster 4000, Neurode 1800, Neuruppin 4000, Neufalk 4000, Neustadt i. Sa. 1200, Neustettin 100, Neustrelitz 1000, Neuwied 4000, Niederlahnstein 4300, Nießky 4500, Nikolai 1000, Nordhausen 6000, Nördlingen 500, Roffen 1800, Rötter 180847, Röttingen 1000, Oberhausen 17000, Oberkottbus 1000, Oberndorf 2000, Oberstein 286,65, Oederan 950, Ofenbach 40000, Offenbach 500, Ograheim 8000, Odruf 800, Odrubau 4000, Opaten 28000, Dranienburg 5000, Orlitz 700, Orlitzleben 1100, Osabrück 20000, Oherholz-Scharmbach 900, Otterode 1000, Palmnick 1149,00, Pasterlitz 1300, Passau 600, Pegnitz 1000, Peine 12000, Penzberg 460, Penzig 200, Pfarrkirchen 200, Pforzheim 110000, Pfronten 300, Pflungstadt 500, Pflund 1264,75, Pinneberg 500, Plauen 15000, Pleizenberg 8000, Plöthen 1500, Pörsdorf 3000, Pörsdorf 600, Pörsdorf 10000, Pörsdorf 4000, Ratibor 12000, Regensburg 7000, Reichenbach 1150, Renscheid 104733,50, Rendsburg 250, Reutlingen 3500, Riesa 14000, Rochlitz 200, Rochlitz 1000, Rößlau 1800, Rößlau 2000, Roßlau 16000, Roth a. S. 1000, Rothensbrunn 261, Rottburg 400, Rottendorf 2000, Rühlrad 1200, Rühndorf 5000, Saalfeld 7000, Saargau 500, Saarbrücken 100000, Sangerhausen 2200, St. Georgen 2000, Seebau 1000, Seiß 3000, Senftenberg 6000, Sensburg 200, Siegburg 15000, Siegen 11000, Singen 12000, Sinn 5000, Soest 1000, Solingen 40000, Sonderburg 700, Sonthofen 1000, Sorau 800, Speyer 4000, Spremberg 2000, Sprowitz-Mall. 3000, Schweinmünde 1000, Schweitz 3000, Schleswig 250, Schmälitz 1000, Schneidemühl 2000, Schönbach 8000, Schöningen 1500, Schramberg 2000, Schwabach 6000, Schweidnitz 1000, Schweinfurt 10000, Schwennungen 11500, Schwickau 1000, Schwientochowitz 15000, Stadlitz 180, Stahlfurt 2748,40, Stendal 8000, Stolp 2000, Stolpen 1000, Straßburg 400, Straßburg 100, Straßburg 350, Striegnitz 2000, Stuttgart 25000, Thale 18, Tönning 3000, Torgau 1200, Traunstein 1000, Triebitz 1800, Trojitz 15000, Troßitz 600, Tübingen 800, Tullingen 10000, Uederminde 1000, Ulm 18000, Ulfers 400, Urberach 1500, Uslar 500, Uetersen 700, Varel 2440,25, Velfert 21719,60, Wailingen 1000, Waldsitt 2400, Wallau 2500, Wallrode 1000, Waltershausen 450, Weißenburg a. S. 300, Weißenfels 9000, Weiskauer 950, Weidau 5800, Wernigerode 4000, Wernitz 1800, Wehlau 9000, Wilhelmshafen 15000, Wilhelmshütte 2160,59, Wilsdorf 282,49, Wismar 2000, Witten 5000, Witten 30000, Wittenberg 3000, Wittenberge 3000, Wittenhausen 2800, Witzgen 500, Würzburg 9000, Wurzen 1000, Zwickau 2000, Zeitz 5000, Zerbst 3000, Zittau 8500, Zorge 1200, Zossen 9000, Zwickau 60000, Züllichau 300, Einzelmitglieder der Hauptklasse 100 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Sinder von Gehörten werden hierdurch dringend gebeten, vorkommende Leitung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung! - Bezug ist fernzuhalten:

- von Wandtagisten und Orthopädiemechanikern nach Kassel L.; von Dreherin nach Soest (Sa. Rüdiger) D.; von Formern und Gleisbauarbeitern nach Soest (Sa. Rüdiger) D.; von Glasmalern nach Cannstatt (Sa. Pfeiffer) D.; von Grabenren (Relief-) nach Rheydt (Sa. Fern. Schüt U.S.) D.; von Instrumementmachern nach Kassel L.; von Kesselschmieden nach Soest (Sa. Rüdiger) D.; von Klumpfuern und Instalatoren nach Greifswald i. Pommern (Sa. Alfred Kubin) M.; von Metallarbeitern nach Braunschweig (Automobilfabrik P. Böhling) St.; nach Bremen L.; nach Graulheim St.; nach Danzig D.; nach Dortmund L.; nach Gumbinnen v. St.; nach Hörde i. W. und Umg. L.; nach Keßl i. B. (Kofalbahn Keßl) L.; nach Lindau D.; nach Magdeburg (Sa. Mühlthephan, Drahtzieheri) D.; nach Lhorn L.; nach Weimar M.; von Schmitt- und Stangenbauern, Schlossern, Dreherin und Stahlgraverin nach Jüdisch (Sa. Rob. Reitsch) L.; von Werkzeugmachern nach Völs (Sa. Joh. Krud) L.; von Zinngießern nach Regensburg (Sa. Eugen Wiedemann) M. L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände.

Bezirkskonferenzen

Zu sonderbaren Auffassungen schwang sich die Bezirkskonferenz des 6. Bezirkes in Hamburg auf. Der § 32 Absatz 4 des Statuts besagt, daß eine jede Verwaltungsstelle berechtigt ist, Delegierte zur Bezirkskonferenz zu entsenden, und zwar Verwaltungsstellen bis 1000 Mitglieder 1, bis 3000 Mitglieder 2 und über 3000 Mitglieder 3, jedoch nicht mehr als 3 Delegierte. Bei wichtigen Abänderungen wird dann nicht nach Kopffzahl der Delegierten, sondern nach der Zahl der von ihnen vertretenen Mitglieder abgestimmt. Ein Verfahren, das allen, auch den kleinsten Verwaltungsstellen die Möglichkeit bietet, an den Beratungen der Bezirkskonferenz teilzunehmen, und welches auch der Demokratie zu ihrem Recht verhilft. Von allen Bezirken ist dies bis heute so gehandhabt worden, ohne daß sich daraus Differenzen ergeben hätten. Der 6. Bezirk war anderer Meinung. Die Mehrzahl der Delegierten (Anhänger der jetzigen Verbandsminderheit), welche 4128 Mitglieder vertraten, versuchten die entscheidendsten Bestimmungen nach der Kopffzahl der Delegierten zu erzwängen. Die Minderheit der Konferenz, welche aber 5898 Mitglieder vertraten, verließen nach Abgabe eines Protestes unter Berufung auf § 32 Absatz 4 des Statuts die Konferenz. Dessenungeachtet tagte dieses Kampfpalament weiter. Der Vorstand hat diese Konferenz nicht anerkannt und die Neuwahl der Bezirkskonferenz angeordnet.

Berichte

Vom Verbandstage.

Abstr. Die Metallarbeiter-Zeitung hat in der Nummer 51/52 unseren Bericht vom Verbandstage gebracht. Daran schließt sich ein Gegenbericht des Kollegen Bruno Glas (Döbeln). Am Schluß seines Berichtes schreibt nun der Kollege Glas: "Kollege Kummer reißt für die Minderheit, so sucht er sich kleine Städte aus, wo nach seiner Meinung die Arbeiterbewegung nicht so geschult ist." Der Öffentlichkeit gegenüber wollen wir feststellen, daß der Kollege Kummer als Kandidat zum Verbandstag in der Verwaltungsstelle Grimmitzschau aufgestellt wurde. Neben Kummer mit Grimmitzschau zusammen eine Wahlabteilung. Bei der Wahl wurde Kollege Kummer als Delegierter gewählt. Kummer ist also der Delegierte unserer Wahlabteilung gewesen und als solcher haben wir ihn uns zur Rechtfertigung geholt. Er suchte sich also nicht die kleinen Städte aus, sondern er erfüllte nur seine Pflicht als unser Delegierter. Daß der Kollege Glas sich so verhalten konnte, ist aber nicht so tragisch zu nehmen. Kollege Glas war zu der Zeit, wo der Kollege Kummer Bericht erstattete, acht Tage Mitglied, bei der Wahl der Delegierten und bei der Tagung des Verbandstages hatte er demnach keine Ahnung von unserem Verbandstage, da er außerhalb der Gemeindefachorganisation stand. Anmerkung der Schriftleitung. Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, ist zur Person des Kollegen Glas noch zu bemerken, daß derselbe nicht erst seit 8 Tagen, sondern bereits seit 80 Jahren gewerkschaftlich organisiert ist. Er trat 1908 zur Freien

Verreinigung deutscher Gewerkl. (u. Sandhalsen) über. Nachdem der Metallarbeiter-Verband i. Stuttgart sich eine neue Kampf- und Organisationsbasis geschaffen hat, trat er, mit ihm auch viele andere, wieder der Zentralorganisation bei.

Gedächtnis (Bayern). Am Sonntag den 4. Januar tagte in Goldmühl im Gasthof zum Schwarzen Ross eine großbesuchte Mitgliederversammlung. Was den Jahresbericht ist zu erwähnen, daß die Mitgliederzahl, welche bei Kriegsende nur noch 7 Mann betrug, auf 184 angewachsen ist, somit sämtliche Arbeiter des Verbands-Metallhammerswerkes, und seiner beiden Schwesterwerke in Wülfrichschlag nunmehr im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind. Ferner wurde Stellung zum Landessatz genommen und soll die Bezahlleistung beauftragt werden, mit dem Landesverband in Verhandlungen einzutreten. Weiter wurde die 14. Generalversammlung in Stuttgart einer scharfen Kritik unterzogen. Alle anwesenden Kollegen und Kolleginnen erhoben einstimmig Protest gegen die Beitrags-erhöhung, welche nicht im Einklang steht mit den gefällten Beschlüssen der Unterstützungsstelle, wo man für Erwerbslose und Kranke nichts übrig hat. Die Versammlung erhebt auch Protest gegen die Ver- gemächtigung der alten Kollegen, welche von der Beitrags-erhöhung am schwersten betroffen werden, während man für diese Klasse die Unterstützungsstelle auf ihrer bisherigen Stufe ließ. Die Versammlung beauftragt eine außerordentliche Generalversammlung, in der diese Beschlüsse der 14. Generalversammlung einer Revision unter- zogen werden. Die Versammlung erkennt an, daß unser Verband eine Kampforganisation sein soll. Wir befreiten aber die Be- hauptung, welche Kollege K. in Nr. 49 der Verbandszeitung anführt, daß sich die Erzeugnisse der Großstädter auch auf die Provinz übertragen. Die Versammlung macht den Vorschlag, den Beitrag und die Unterstützungsstelle in der außerordentlichen Generalversammlung, welche unbedingt tagen muß, so zu regeln, daß auch die Provinzler auf ihre Rechnung kommen; dabei wird es den einzelnen Zahlstellen überlassen, ihren Lokalbeitrag so zu erhöhen, daß ihre Lokalliste stark genug ist, bei einem Kampf die fehlende Unterstützung zu gewähren.

Sagen i. W. Eine starkbesetzte außerordentliche General- versammlung nahm Stellung zu den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung. Der Delegierte, Kollege Jos. Ernst, Nord- dorn, erstattete den Bericht. Er schilderte eingehend die fast all- bekannten Vorgänge und schloß seine 1 1/2 stündigen Ausführungen mit der Aufforderung, treu zur Organisation zu halten, alle Zer- splitterungsversuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, abzuwehren und die Organisation weiter auszubauen, damit wir endlich unser Ziel - die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus - verwirklichen können. Stänliche Diskussions- redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Folgende Ent- scheidung wurde einstimmig angenommen: Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Sagen i. W. erklärt sich mit den Beschlüssen der 14. Generalversammlung und der Haltung ihres Delegierten, Kol- legen Jos. Ernst, einverstanden. Sie verurteilt auf das Entschiedenste das Verhalten der Minderheit, wie auch die Geze gegen die gegen- wärtige Leitung des Gesamtverbandes. Sie spricht ferner dem neu- gewählten Hauptvorstand das vollste Vertrauen aus und erwartet, daß die auf dem Verbandstage gegebenen Richtlinien, trotz aller Anfeindungen von rechts, strikte durchgeführt werden. Die Ver- sammelten gelobten, auch fernerhin treu zur Organisation zu stehen und alles daranzusetzen, um die in allen Betrieben noch Fernstehenden der Organisation zuzuführen.

Tuttlungen. Die am Samstagabend, den 10. Januar, im Gasthaus zum Falken tagende Jahresgeneralversammlung des Deutschen Metall- arbeiter-Verbandes der Verwaltungsstelle Tuttlungen nahm den Jahres- bericht entgegen. Es wurden demnach 1698 Neuaufnahmen gemacht, von christlichen Verbänden traten 134 und von freien Verbänden 19 Kollegen über. Beitrag: die Mitgliederzahl am Jahresbeginn 916, so konnten am Jahresluß 2495 gemustert werden. Dieser Mit- gliederzahl ist eine Beitragsleistung von 51,72 pro Jahr zugrunde gelegt. Die Lohnbewegungen am Orte, im Bezirk sowie auch die Arbeiten des Innendienstes verkauften von der Ortsverwaltung eine intensive Tätigkeit. An Stelle des Kollegen Fleischer übernahm Kollege Kuchmann die Geschäftsführung. Die gefällten Lohnfor- derungen, um die gestiegene Lernerung auszugleichen, hatten keinen Erfolg. So mußten sie der Bezirksleitung zur direkten Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband übermiesen werden. Der vom Kollegen Götz gegebene Kartellbericht zeigte eine auffällige Ausprägung mit anschließender Neuwahl von acht Delegierten. Durch Willkür wurden der bisherige Geschäftsführer und die Kollegin Müller, in geheimen Wahl die Kollegen Wacker, Fenzler, Manz, Götz, Andreas, Gähler und Hurl in die Ortsverwaltung gewählt. An den vom Kollegen Fenzler gegebenen Bericht von der Verbands-General- versammlung in Stuttgart schloß sich eine sehr lange und sachliche Debatte an. Einige Kollegen erklärten sich mit verschiedenen Be- schlüssen nicht, andere wieder voll einverstanden. Die vorgelegten Entschlüsselungen, die sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung und der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung nicht einverstanden erklärten und baldige Einberufung einer neuen Generalversammlung forderten, wurden von den Willkürmenden mit circa 2/3 angenommen. Nachdem noch unter „Verschiedenes“ einige örtliche Angelegenheiten besprochen waren, war die Tagesordnung erschöpft.

Eine eigenartige Erscheinung fiel bei der Generalversammlung auf. Das Ergebnis der Berichtserstattung von der Generalversam- lung war eine Resolution, die auch Ananay fand, in welcher sich die Kollegen mit den Beschlüssen der Generalversammlung und der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung nicht einverstanden erklärten. Zweifellos das Ergebnis einer einseitigen Berichtserstattung, denn bei den Wahlen für den Ausschuß erzielten die Mitglieder der Minderheit (jetzigen Verbandsmehrheit) die höchsten Stimmengahlen. Ein Beweis dafür, daß die Angeführten als die besten Kämpfer für die Arbeiter- interessen von den Kollegen angesehen werden. Nur der Kaffe Egoismus, das heißt das Nachrühen desselben, ließ das Votum gegen den Verbandsvorstand entstehen. P. Haiselmann.

Elektronentanz.

Hamburg. Die Hamburger Elektriker haben vor einiger Zeit einen Tarifvertrag abgeschlossen. Löhne wurden folgende bewilligt: für erlehrte Arbeiter über 21 Jahre 2,90 M. unter 21 Jahren 2,40 M., für Helfer über 21 Jahre 2,40 M. unter 21 Jahren 1,90 M., für jugendliche Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1,55 M. von 14 bis 16 Jahren 1 M. pro Stunde. Nach dreijähriger Arbeitszeit bei derselben Firma hat der unerlehrte Arbeiter, nachdem er durch eine Probearbeit bewiesen hat, daß er auch selbständige Arbeiten verrichten kann, Anspruch auf denselben Lohn wie ein gelehrter Arbeiter. Für weibliche Arbeiter unter 16 Jahren 0,90 M., von 16 bis 18 Jahren 1,15 M., von 18 bis 21 Jahren 1,30 M., über 21 Jahre 1,50 M. pro Stunde. Arbeiter, die nicht im Besitze ihrer Arbeitskräfte sind, unterliegen freier Vereinbarung. Angelernte Arbeiter dürfen im allgemeinen nicht unter 1,50 M. pro Stunde, gelehrte Arbeiter im allgemeinen nicht unter 1,90 M. pro Stunde entlohnt werden. Überstunden dürfen nur in dringenden Fällen geleistet werden und sind durch Feiertagen spärlichsten in der darauf folgenden Lohnwoche auszugleichen, so daß die 48stündige Arbeitszeit nicht überschritten wird. Dringende Ar- beiten, die nur an Son- und Feiertagen oder nachts ausgeführt werden können, sind mit 50% Aufschlag auf den normalen Stunden- lohn zu bezahlen. Als Nacharbeit gelten in diesem Falle die nach der zehnten Arbeitsstunde liegenden Stunden. Günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, als in diesem Tarif vorgesehen, können bestehen. Für schmutzige Arbeiten in den Werkräumen und Fabriken wird ein Schmutzgeld von 20 Pf auf den Stundenlohn bezahlt. Urlaub erhält unter Fortzahlung des Verdienstes jeder Arbeitnehmer, der mindestens zwölf Monate ununterbrochen bei der Firma tätig ist, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von 1 Jahr 3, 2 Jahren 4, 3 Jahren 5, 4 Jahren und mehr 6 Werkstage. Alle Streitigkeiten in den Betrieben sind nach Möglichkeit durch die Firma mit der Arbeitnehmervertretung zu erledigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so haben sich die Parteien dem Spruch einer Einigungs- kommission zu unterwerfen; diese ist zusammengesetzt aus drei Arbeit- gebern und drei Arbeitnehmern.

Metallarbeiter.

Dresden. Aus den im letzten Vierteljahr abgehaltenen drei Generalversammlungen ist von Interesse, daß nach dem Raffensbericht des dritten Vierteljahres der Einnahme für die Hauptkassette von 264800 M. eine Ausgabe von 162400 M. gegenübersteht. Der Hauptkassette wurden 163000 M. überwiesen. Die Einnahmen der Lokalkassette betragen 172200 M., die Ausgaben 148800 M. Der Kassensbestand ist auf 176800 M. gestiegen. Die Beitragsleistung ist 12,9 Prozent pro Mitglied. Die Mitgliederzahl schloß mit 95000 ab (darunter 1905 Jugendliche und 8405 Weibliche). Eintritte waren 8520, darunter 981 Weibliche, denen 2027, darunter 1244 Weibliche, Austritte gegenüberstanden. Vom Militär kamen 940, zum Militär gingen 288. Aus anderen Verbänden traten 805 über, zu anderen Verbänden gingen 744. Die Zureise betrug 570, die Abreise 687. Es wurden 23 Lohnbewegungen beendet, die 286 Betriebe mit 4970 Beteiligten, davon fünf Branchen mit 218 Betrieben und 1950 Beteiligten, umfaßten. Acht Bewegungen wurden in das letzte Vierteljahr übernommen. Der einwöchige Formertreff nebst drei kleineren Anläßlichkeiten verursachten eine Ausgabe von 28900 M. Zurzeit stehen alle Betriebe der Metallindustrie Dresdens und Umgegend in einem wirtschaftlich geregelten Arbeitsverhältnis. Schwierigkeiten bereiten nur die wenigen Mitgliederkreise, die glauben, trotzdem Lohnbewegungen noch auf eigene Faust machen zu können und tam die Ortsverwaltung diesen Behauptungen keine Unterstützung leisten. Die Arbeitslosenquote ist von 8882 (darunter 1628 Weibliche) auf 2110 (darunter 1022 Weibliche) zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Stadt Dresden betrug 18680. Innerhalb Jahresfrist zahlte unsere Verwaltung an Arbeitslosenunterstützung aus der Verbandskasse 479800 M. Infolge der in letzter Zeit wiederum gewaltig gestiegenen Preise der Lebenshaltung wurde einstimmig der allgemeine Tarif für die Metallindustrie zum 31. Januar 1920 getilgt und eine 14gliedrige Kommission zur weiteren Erleichterung der Vorarbeiten und für die Verhandlungen gewählt. Ferner wurde die nachträgliche Zustimmung zu einer Weihnachtunterstützung der ausgesetzten arbeitslosen Mitglieder in Höhe von 20 M für Verbeirahnte und 10 M für Ledige sowie 15 M für die Familien der in Kriegesgefangenschaft befindlichen Mitglieder gegeben. Die Unterstützungen aus der Lokalkasse wurden wie folgt neu geregelt: Das Folgelohngeld für nichtbezugsberechtigte und ausgesetzte Reisende beträgt 2 M. Der Zuschlag zur Arbeitslosenunterstützung Jugendlichen, die in eine höhere Klasse übersteigt sind, wird gewährt bis zur Höhe des niedrigsten Unterstützungsmaßes der jeweiligen Beitragsklasse. Das Sterbegeld für Mann oder Frau beträgt die Hälfte, für ein schulpflichtiges Kind ein Viertel des monatlichen Gehalts der Angehörigen des Mitgliebes zuzusetzen Betrag im Sterbefall deselben. Ferner wird in außerordentlichen Notlagen Unterstützung gewährt.

Gildesheim. Die Mitglieder der hiesigen Verwaltungsstelle beschäftigten sich am 9. Januar in drei Bezirksversammlungen mit der Wahl von zwei Delegierten zur Bezirkskonferenz in Nordhausen. Gewählt wurden Paul Behrens und Bernhard Zimmermann. Ein in Vorschlag gebrachtes Ortsstatut wurde beraten und angenommen. Das neue Statut wurde in seiner wichtigsten Ausprägung durchgelesen. Sodann wurde die Schreibweise der Verbandsbezeichnung, das geheime Rundschreiben des Vorstandes und die dadurch geschaffene Zweideutigkeit des neuen Vorstandes scharf kritisiert. Folgende Anschließen wurde gegen 12 Stimmen angenommen: „Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Gildesheim nahmen in ihren Bezirksversammlungen Stellung zu der Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung. Sie bedauern, daß ihre Zeitung zu einem Zummelplatz politischer Leidenschaft geworden ist und vernachlässigen sich auf entscheidende gegen die dahinterstehenden Angriffe, denen sie als Mitglied der M. S. P. D. ausgesetzt sind. Es ist geradezu hohn, daß ein Vorstand, der unter der Parole: „Den Mitgliedern ist in weitgehendstem Maße das Mit- und Selbstbestimmungsrecht gewährleistet“ gewählt worden ist, eine demartige Schreibweise unseres Verbandsorgans und den dadurch bedingten Gewissenswahn duldet. Sie hätten gerade von den Kollegen, die auf früheren Verbandsversammlungen bei jeder möglichen und nützlichen Gelegenheit, bei den geringsten Anlässen sich gegen das Hinwegschieben der Metallarbeiter-Zeitung in den politischen Lagersumpf wandten, etwas mehr Konsequenz und treues Festhalten an ihren so oft betonten Grundsätzen und Prinzipien erwartet. Die Versammlung wandel sich weiter gegen die Zweideutigkeit, die durch das geheime Rundschreiben des Vorstandes und durch den rabiaten Ton in unserer Zeitung hervorgerufen ist. Die Funktionäre des Verbandes empfinden es auf das bitterste, daß ihnen ihre Arbeit für den Verband auf Grund des geheimen Rundschreibens, durch die Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung, Verächtlichung des Klassenkampfes, Verweigerung der Arbeiterschaft, so ungemein erschwert wird. Die Versammlungen erwarten, daß in der Ausgestaltung der Zeitung die gewünschte Änderung eintritt und daß sich in Zukunft Maßnahmen und Schreibweise des Vorstandes und Schreibweise der Zeitung ändern.“

Leuzfeld. Welcher traurige Verhältnisse im Erzgebirge im Metallbau vorherrschend sind, geht aus folgendem hervor: Das Leuzfelder Metallhandwerk zahlte Ende 1919 ihren gelerntsten Arbeitern 1 bis 1,20 M pro Stunde, an ungelernete verarbeitete 0,85 M, ledige über 21 Jahre 0,60 M, unter 20 Jahren 0,70 M und ledige 20 M pro Woche. Die weiblichen Arbeiter erhielten einen Lohn von 60 bis 60 3/4 pro Stunde. Eine fastgehundene Bewegung brachte eine Zulage von 5 bis 10 3/4 pro Stunde. Wenn nicht mehr erreicht werden konnte, so lag die Schuld daran, daß die Mehrheit der Arbeiter erst im Laufe des Jahres 1919 den Weg zur Organisation fanden. Dieser Unternehmer, welcher seine Gegenstände gewiß nicht für den Preis abgab, für welchen er sie bei denartigen Löhnen hergestellt erhielt, muß gezwungen werden, die für ihn schätzbarsten Lohnarbeiter wenigstens einzuzuzahlen menschenwürdig zu entlohnen. Die dort Beschäftigten müssen in ihrer Organisation jetzt zusammenstehen, um im gegebenen Maße auch mit der Arbeitverweigerung für ihre berechtigten Forderungen einzusetzen. Die die Arbeiterschaft mit demartigen Löhnen bei unserer jetzigen Lernerung, welche im Erzgebirge genau so hoch ist als anderswo, ihr Leben führen soll, bleibt das Geheimnis dieser Leuzfelder Kapitalistenklasse.

Magdeburg. Die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltung Magdeburg, fand am Sonntag des 11. Januar im Hofopernpark statt. Die Mitglieder waren, wie zu erwarten, in großer Anzahl erschienen, um etwas den Nachfolger des Kollegen Brandes, Kurt Kautsch, und den Kollegen P. Neumann heraus zu lassen und gewisse Stellung zu nehmen zu der am 18. Januar stattfindenden Bezirkskonferenz, sowie auch zu einem Vergleich der jetzt bestehenden Verzugs- und Kaufkraft, welche keinen Standpunkt, in welchem die beiden Verbände stehen will, in langer Aussprache klar; ebenso damit der neue Beauftragte P. Neumann für das Verbandsamt, welches ihm durch die Wahl bewirkt wurde. Kautsch gab dann Aufschluß über die Regeltätigkeit, welche Kautsch dieselbe hat. In jeder Debatte wurden dem einstimmig die Kollegen Kautsch, Springer und Krausbach als Delegierte gewählt. Der der erste Punkt der Tagesordnung ziemlich schnell erledigt, so setzte beim zweiten Punkt, Aufhebung der Löhne entsprechend der Verzugs, eine lebhaft, aber demnach sachliche Diskussion ein. Der Beschluß der Verbandsversammlung, 70 M als Anreiz für die bestehende Verzugs, wurde einstimmig angenommen und auch als das Notwendigste betrachtet. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kraus, Springer, Zeißig, Pfeil und Gatz, welche den Beschluß der Verbandsversammlung zur Besondere empfanden. Pfeil, Kraus und Zeißig nahmen eine Kritik ein, ja, um einen grundsätzlichen Beschluß über Gewerkschaften zu fassen. Ein Antrag von den Kollegen Pfeil und Pfeil wurde gegen vier Stimmen angenommen. Er lautet: „Die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt sich damit einverstanden, daß der durch Ursprung bei den Vorarbeiten der Gewerkschaften vom Gewerkschaftsamt festgesetzte notwendige Beschluß ein von den Metallarbeitern Angeordnet verlangt wird. Jedoch soll damit nicht gesagt werden, daß sie die geforderten 70 M als nicht notwendig erachtet.“ Anschließend wurde beschlossen, pro Mitglied einen einmonatigen Abschlag von 50 3/4

zu erheben. Derselbe soll der Generalkommission der Gewerkschaften zugeführt werden zur Unterstützung der notleidenden österreichischen Arbeiterschaft. Es entspann sich noch eine kurze Diskussion über die notwendige Erfassung der Lebensmittel. Dabei wurde die jetzige Methode scharf verurteilt. Kollege Hoffmann empfahl die Wahl von Ernährungsräten und fand mit seinen Ausführungen allseitige Zustimmung. Mit einem Applaus des Vorstehers, die Protestversammlung gegen das Betriebsrätegesetz zahlreich zu besuchen und lebhaft für unsere Sache weiterzuarbeiten, fand die imposante Versammlung ihr Ende.

Rundschau

Unternehmerstreik gegen das Betriebsrätegesetz.

Eine Reihe Großfirmen, darunter Voßig, Schichau und Penschel, haben am 28. Dezember an einige tausend Industrielle im ganzen deutschen Reich ein Rundschreiben geschickt, in dem sie auf die Notwendigkeit eines scharfen Kampfes gegen die Bestimmung des Bilanzvorlegungsparagraphe in dem Betriebsrätegesetz hinwiesen. Es wird um eine Meinungsäußerung darüber gebeten, wie sich die Unternehmer zur Stilllegung ihrer Betriebe stellen würden. Das bedeutet also die Vorbereitung des Unternehmerstreiks. Dieser Kampf der Unternehmer ist ebenso wie das ganze Gesetz nur auf plumpe Täuschung der Arbeiterschaft berechnet. Das Proletariat wird sich aber in seiner Beurteilung des Gesetzes von dessen sachlichem Inhalt leiten lassen und nicht von dem Widerstand der Unternehmer. Und der sachliche Inhalt des Gesetzes zwingt die Arbeiterschaft zum härtesten Kampf dagegen, wenn sie nicht willenlos sich dem Willen ihrer Feinde beugen will.

Aus Deutschösterreich

Dem anfangs Dezember in Wien tagenden Gewerkschaftskongress wohnten 361 Delegierte bei, die 662000 Mitglieder vertraten. Nicht weniger als 255 Delegierte waren freilich aus Wien. Der Bericht der Gewerkschaftskommission wurde genehmigt, nur die Nichtteilnahme an der Konferenz von Washington gab Anlaß zu einiger Kritik. Große Debatten entfielen über die Frage des Organisationsproblems der Zukunft. Der Referent Genosse Hüber vertrat die Auffassung: zur Vereinheitlichung des Kampfes sei es notwendig, die Betriebsorganisation anzustreben, allein der Weg zu ihnen als selbständige Gebilde müsse über den weiteren Ausbau und die Verwirklichung der Industriegruppenorganisation gehen. An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhaft Debatte, die schließlich zu einer sehr gründlichen Umarbeitung der Bestimmungen für die Gewerkschaftskommission führte. Über Sozialpolitik und Sozialversicherung referierte Genosse Grünwald, über Betriebsräte Genosse Domes, über den Aufbau der Produktion Genosse Ellenbogen, über die Ernährung der Arbeiter Genosse Odersch. Zur Frage der Betriebsräte wurde eine ausführliche Resolution angenommen. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Zusammenfassung sämtlicher des Arbeiterrechts, den Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung betreffender Gesetze und die Vollkommenheit in einem vereinfachten Arbeiterrechtbuch. 2. Ausnahmslose Unterstützung sämtlicher gegen Entgelt Arbeitenden unter die Gesetzgebung über Arbeiterrecht, Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung. 3. Vollkommene Gleichstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Industrie, Gewerbe, Handel, Land-, Forst- und Hauswirtschaft hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen über Arbeiterrecht, Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung. 4. Schnelligste Schaffung der obligatorischen Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenversicherung für alle gegen Entgelt Arbeitenden und deren Angehörige, sowie der Arbeitslosenversicherung und im Anschluß an letztere gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung bei Anerkennung der hierfür geltenden gesetzlichen Grundsätze. Vereinheitlichung des gesamten Zwangsversicherungswesens. 5. Bestimmung von sozialpolitischen Mitteln bei dem deutsch-österreichischen Volksstaat, Gewerkschaften und Sozialisten. Wirkamer Schutz der deutsch-österreichischen Arbeiter im Ausland.

Vom Ausland

England.

In England, den Häupten Umde des Reformismus, der gegenwärtigen Verhängnis zwischen Kapital und Arbeit, tobt heftig ein langwieriger Kampf für und gegen die obligatorischen Schiedsgerichte. Seit dem 21. November 1919 sind die industriellen Schiedsgerichte, die während des Krieges „im Interesse des sozialen Friedens“ ständlich weiter ausgebaut waren, gesetzlich neu geregelt. Die Regierung versuchte, diese Schiedsgerichte zu einem Obligatorium zu machen. Dagegen erhob sich sofort eine scharfe Opposition unter Führung der größten und mächtigsten Gewerkschaften. Die Arbeiter protestierten um so energischer, weil die Regierung die Absicht hatte, das Obligatorium durch die Verschärfung zu vollem Schadenersatz und zur Bezahlung hoher Bußen zu verhaften für den Fall, daß die Gewerkschaften den Schiedsspruch ungehen und den Streit erklären würden. Die Zusammenlegung des Schiedsgerichtes war in der Weise gedacht, daß die Arbeiter, Unternehmer und das Publikum, das heißt natürlich die Regierung, je einen Vertreter delegieren würden. Angesichts der vielen Schwierigkeiten, die die Regierung und die Unternehmer besitzen zur Verwirklichung der öffentlichen Meinung, war um so sicherer vorauszusetzen, daß der Vertreter des Publikums in allen entscheidenden großen Fragen der Arbeiter Unrecht geben würde. Durch den energischen Widerstand der Arbeiter sah die Regierung sich gezwungen, das Obligatorium fallen zu lassen; sie befürchtete, durch ein Beharren auf dem Entwurfe schwerere Kämpfe hervorzuzufen, als sie durch dieses Gesetz zu verhindern gehofft hatte.

Allgem. Frank- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(S. v. G. Hamburg.)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette im Monat Dezember 1919.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Total Einnahmen: 153980,10 M. Total Ausgaben: 12120 M.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Total Einnahmen: 19497,68 M. Total Ausgaben: 38116,97 M.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Total Einnahmen: 156861,71 M. Total Ausgaben: 380642,23 M.

Sterbekasse für Mitglieder der „Magdeburger Frank- u. Sterbekasse der Metallarbeiter“ (S. v. G., Hamburg) und deren Familien.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Total Einnahmen: 568220 M. Total Ausgaben: 680,10 M.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Total Einnahmen: 63706,25 M. Total Ausgaben: 23447,08 M.

Eingegangene Schriften

Im Verlag von Julius Springer, Berlin sind eine Reihe hochwertiger technischer Werke erschienen: Der Dreher als Rechner. Wechselräder, Touren, Zeit- und Lohnberechnung in einfachster und anschaulichster Darstellung... Die Grundzüge der Werkzeugmaschinen und der Metallbearbeitung. Ein Leitfaden von Professor Dr. K. Sille, Dortmund. Dritte, vermehrte Auflage. Preis 10 M und 10% Verzugszuschlag. Die Dreherei und ihre Werkzeuge in der neuzeitlichen Betriebsführung. Von Willy Hippler. Dritte, erweiterte Auflage. Preis 16 M und 10% Verzugszuschlag. Handbuch der Feinerei. Kurzes Lehr- und Nachschlagebuch für den allgemeinen Gebrauch. Von Emil Jurke und Otto Nieschle. Dritte, durchgesehene und vermehrte Auflage. Preis 18 M. Die Technologie des Maschinenbauers. Von Professor Ingenieur Karl Meyer, Köln. Vierte, verbesserte Auflage. Preis 14 M und 10% Verzugszuschlag. Skizzenbuch für den Apparatebau. Von E. Hausbrand. Dritte, fast veränderte Auflage. Preis 10 M und 10% Verzugszuschlag. Sämtliche Werke sind zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung von Julius Springer, Berlin W 9, Dinkstr. 29/2.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. Samstag, 7. Februar: Sackweil, 8 Uhr. Sonntag, 8. Februar: Augsburg (Seizingmont), Sackweil, 10 Uhr. Montag, 9. Februar: Feuerhahn, 10 Uhr. Dienstag, 10. Februar: Sackweil, 8 Uhr. Sonntag, 14. Februar: Sackweil, 8 Uhr. Kugelleiste gesucht. Ein A. M. Durch das Auscheiden des Kollegen Haas, der Belegschaft der Stadt Röhren, und des Kollegen Lüdemann, der Franzosenhäger, wird die hiesige Verwaltungsstelle einen tüchtigen ersten und zweiten Belegschaftigen gesucht. Bewerber müssen auf eine langjährige Tätigkeit in unserem Verbande zurückblicken können. Gehalt nach den Generalversammlungs-Beschlüssen unter Zugabung örtlicher Zulagen. Bewerbungen sind bis zum 10. Februar an den Kollegen Peter Eisele, Röhren, Severinstr. 19/199 zu richten. Sackweil. Anstellung einer Hilfskraft nach den Beschlüssen des Verbandes in Stuttgart. Bewandert in der praktischen Büroarbeit, Organisation, Litigation und 5jährige Mitgliedschaft Bedingung. Bewerbungen bis zum 16. Februar an die Ortsverwaltung Ludenwalde, Seeligenstr. 34.

Sonstige Anzeigen

Erfahrene Werkzeugfräser sowie ältere Werkzeugmacher (für Schnitt und Stangen) sucht der Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalestraße 11, Zimmer 44. (2792)

Tüchtige Automatenrichter für Buttig- und Püttler-Automaten, erfahrene Linsenscherer sowie Hebelbandpolierer stellen ein. Soiglmänder & Sohn, A.-G., Optische Werke, Strauchweg 12.

Einsteller, perfekt auf Püttler- und Buttig-Automaten zum sofortigen Antritt gesucht. Gest. Offerte mit Zeugnis-Abschriften erbitten. (2823) Gustav Heyde, S. v. G., Dresden-N., Kleiststr. 10. Für unsere Revolverdreherei suchen wir tüchtige, unverheiratete Dreher für dauernde Arbeit bei hohem Verdienste. (7623) R. Wolf, Allgemeine Fabrik, Bergstr. 11, Hofen.

Tüchtige Gelbgießer für Metall-Formerei, Dreherei, Schleiferei werden sofort eingestellt. Zeugnis-Abschriften und Gehaltsansprüche erbeten an: R. Friedrichs Nachfolger, S. v. G., Friedrichs, Metallgießerei und Armaturfabrik, Slogau, Bahndr. 22.

Etwas tüchtige Glasformendrehler per sofort in dauernde Stellung gesucht. Duwad Reyer, Glasformfabrik, Scharburg-Obenhausen i. O. Druck und Verlag von Alexander Schilke & Co., Buchdrucker und Verlag, Stuttgart, Röntgenstr. 16 B.

Tüchtiger, selbständiger, mit der gesamten Vernickelung vollständig vertrauter Mann findet dauernde Stellung. Angebote mit Zeugnis-Abschriften und Angabe der Gehaltsansprüche an: Carl Sauter, Vernickelungsanstalt, Straubing.

Wer kann über den Schloffer Otto Brandisch, geb. am 8. Juli 1890 in Weidau b. Neisa, Auskunft geben über irgendwelche Angaben machen, ob er sich seit 1909 an einem Orte in Deutschland aufgehalten hat? Mittel erbeten an Hermann Wendrich, Weidau b. Neisa, Kölligerstraße 3.